



Beschluss der 108. VV

Stellungnahme zur geplanten Reform des Medienstaatsvertrags in Deutschland

Antragstellerin: aej saar

Die Vollversammlung des Landesjugendrings Saar beschließt:

Vor dem Hintergrund der laufenden Diskussion zur Reform des Staatsvertrags ist der Landesjugendring Saar in Sorge um Medienangebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für junge Menschen.

Folgende Punkte halten wir in für besonders bedenklich:

1) Reduzierung von Angeboten mit jüngeren Zielgruppen

Die im Reformstaatsvertrag angedachte Zusammenlegung von mehreren Angeboten, die sich insbesondere an jüngere Menschen richten, ist für uns nicht nachvollziehbar. Kika, one, zdf neo oder FUNK und deren Formate sind – neben den sozialen Medien – die hauptsächlichen Berührungspunkte von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit den öffentlich-rechtlichen Medien. Sie zu reduzieren oder gar einen Bereich einzustellen würde einem Trend Vorschub leisten, dass sie junge Menschen von den öffentlich-rechtlichen Medien schneller bzw. stärker distanzieren.

2) Einschränkung von Online- und Social-Media-Angeboten

Angedacht ist außerdem eine Einschränkung der Möglichkeiten von reinen Online-Angeboten und Berichterstattung, einschließlich Reportagen und Erklärvideos, sofern diese Veröffentlichungen nicht in Zusammenhang mit linearer Berichterstattung bzw. Sendungen von ARD und ZDF stehen. Dies führt nicht nur zu einer Verarmung des Angebots, sondern auch zu einer potenziellen Einschränkung der journalistischen Unabhängigkeit und Vielfalt.

Durch die Einschränkungen, auch mit den zugestandenen Ausnahmeregelungen, wird eine zielgruppenorientierte und umfängliche Berichterstattung in Web-Angeboten nicht mehr oder nur bedingt möglich sein. Auch die aktuelle zeitnahe Berichterstattung öffentlich-rechtlicher Jugendmedienangebote, insbesondere in Social Media, wird dadurch eingeschränkt.

Für jüngere Menschen ist das lineare TV jedoch längst keine relevante Komponente mehr. Die Fokussierung auf ein bestimmtes Sendungsformat ist für sie ebenso wenig nachvollziehbar wie die Vorstellung, Informationen erst zeitverzögert in einer Abendsendung zu erhalten.

Die angedachten Einschränkungen betreffen andere Informationsquellen jedoch nicht, was dazu führt, dass populistische und extremistische Beiträge keinen zeitnahen Gegenpol haben. In Zeiten, in denen Vertrauen in Medien zunehmend schwindet und Desinformation verbreitet wird, ist es von größter Bedeutung, dass wir über eine stabile und verlässliche Informationskanäle insbesondere für junge Menschen verfügen und die Medienangebote in diesem Bereich ausbauen.

Die Vollversammlung bittet den Vorstand des Landesjugendrings sowie die Außenvertretungen im Rundfunkrat des Saarländischen Rundfunks sowie in der Landesmedienanstalt sich dafür einzusetzen, dass

- eine journalistische Berichterstattung im Web und im Social-Media-Bereich weiterhin unabhängig von Veröffentlichungen im Print- oder linearen Rundfunk möglich bleibt,
- der öffentlich-rechtliche Rundfunk von einer Reduzierung des Angebots für jüngere Zielgruppen absieht oder statt einer Reduzierung eine stärkere Verlagerung in den Online-Bereich überdenkt.